

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

45 (22.6.1946)



Zur Sozialpolitik

Von Fridolin Heurich

Bei einer Fahrt nach Köln grüßt der Doppelturm des Domes schon weit, bevor man die Stadt erreicht hat. Als großes, einheitliches, mächtig strebendes Bauwerk wirkt es aus der Ferne auf die Menschheit, die man fast näher herantritt, gewahrt man die vielgestaltige Aufgliederung dieses herrlichen Zusammenspiels. Jede einzelne der Figuren und Türme ist eigenständig, ein in sich abgerundetes Kunstwerk, eine Individualität. Aber erst dadurch, daß diese Einzelheiten in das große Ganze hineingestellt sind, gewinnen sie ihren letzten großen Sinn. So auch sollte sich die Sozialordnung unter den Menschen zeigen, indem der einzelne sein ganz bestimmtes Verhältnis zur Gesellschaft hat.

Um diese Ordnung herzustellen, müßten freilich mannigfache Voraussetzungen erfüllt werden. Eine Sozialordnung, welche beispielsweise nicht keine Wege auf dem Gebiet des Eigentumsbegriffs weist, trägt ihren Namen nicht zu Recht. Eigentum ist und bleibt ein unabdingbarer Bestandteil der Gesellschaftsordnung. Es verpflichtet heute mehr noch als jemals zuvor. Was die Familie für den Menschen in persönlicher Beziehung darstellt, das ist das Eigentum in sachlicher. Wo aber immer ein Eigentumrecht besteht, wird man verpflichtet, die Pflichten der Allgemeinheit, der Gesellschaft gegenüber und muß da, wo diese Pflichten aus persönlichen oder sachlichen Gründen nicht erfüllt werden kann, von außen her eingegriffen werden. Der Staat hat hier große Verpflichtungen.

Es gibt nicht nur persönliches, es gibt auch Gemeinschaftseigentum und von hier aus sind die Wege zur Sozialisierung zu finden. Dabei muß hervorgehoben werden, daß das, was unter Sozialisierung zu verstehen ist, nicht zuerst eine wirtschaftliche, sondern eine übergeordnete politische Frage ist. Auch sind die Formen, in welche das Gemeinschaftseigentum eingeordnet wird, recht verschieden. Sehr wesentlich wird dabei in der Zukunft sein, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen, welche sozialisiert sind bzw. werden sollen, sich jeweils aus ihrer Publizitätsverpflichtungen hinreichend bewußt werden.

Dadurch wird auch am besten der Widerstreit in die richtigen Bahnen gelenkt, der sich aus dem Begriff Kapital und Arbeit ergibt. Auch hier muß nicht zuletzt im Angesicht unserer Gegenwart ein Weg zur Lösung gefunden werden. Dabei darf die Reform nicht nur vor dem einzelnen Betrieb Halt machen, sondern sie muß das Unternehmen in seiner Ganzheit erfassen, es gewissermaßen in seiner Einheit demokratisieren. Die Einheit des Unternehmens umfaßt nicht nur augenblicklich tätige Menschen, sondern auch die infolge Alters, Unfalls oder Krankheit ausgeschiedenen früheren Arbeiter und Angestellten, sowie auch die Hinterbliebenen; auch die Heimarbeiter und sonst fernstehende Gruppen gehören zu dem Unternehmen. Je enger aber diese Gemeinschaft unter sich geschlossen ist, desto leichter wird auch manche schwierige Frage zu lösen sein, wie z. B. diejenige des Unternehmers wagnisses. Schon das Wort Unternehmen deutet ja auf ein bestimmtes Risiko hin. Es braucht nur etwa an die ähären und ferneren Auswirkungen der Kontrollratsbeschlüsse über die Einschränkung der Industriekapazität hingewiesen zu werden. Andererseits verlangt die öffentliche Hand durch Stellung, inwieweit die öffentliche Hand durch Zuschüsse, durch steuerliche Entgegenkommen oder sonstige Maßnahmen sich am Risiko solcher Privatunternehmen beteiligt. Es ist die herkömmliche Auffassung abzulehnen, daß das Arbeitsverhältnis einen auf den Austausch von Arbeit gegen Geld gerichteten Vertrag darstellt. In Wahrheit stellt das Arbeitsverhältnis überhaupt keinen Vertrag dar, sondern eher ein eigenartliches Gemeinschaftsverhältnis, das durch die glückhafte Zugehörigkeit zu einem sozialen Organismus charakterisiert ist. Eine derartige Selbstverwaltung ohne Mitwirkung der Gewerkschaften ist unmöglich. Unter Zurücksetzung aller zum Teil gewurzelten Vorurteile muß der große Wurf gewagt werden, den Gewerkschaften den Platz zu weisen, der ihnen gehört und es steht nur zu hoffen, daß sich die bisherige organische Einheit bald zu einer inneren Einheit verfestigt. Es muß in dieser Beziehung noch erheblich weitergegangen werden, als die Weimarer Verfassung es vorsah, die zwar ein Recht des Einzelnen, sich einem Berufsverband zu beteiligen, anerkannte, die Beteiligung der Gewerkschaften verfassungsmäßig aber nicht genügend schützte.

Auf der anderen Seite darf freilich die Repräsentation des Arbeitgebers innerhalb der Wirtschafts-Demokratie nicht außer Acht gelassen werden. Die früheren Arbeitgeberverbände sind beiseite und neue dürfen vorläufig nicht gegründet werden. Eine Wirtschaftsdemokratie aber, die nicht auch die Stellung des Arbeitgebers klar umreißt, trägt ihren Namen zu Unrecht. Zwar lassen sich in dieser Beziehung heute die endgültigen Formen etwa über die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern usw. noch nicht umreißen, allein sie würden vielleicht eine geeignete Plattform auch für sozialpolitische Repräsentation der Arbeitgeber abgeben haben. Eine solche Arbeitnehmervertretung wird ja nicht nur etwa bei den Tariffragen, sondern auch bei der Mitwirkung bei den Arbeitsgerichtsverfahren, Schlichtungsausschüssen, Gewerkschaftsleitern, Arbeitsämtern, Sozialversicherungsanstalten usw. erforderlich. Daß unter den materiellen Fragen der Gegenwart die Lohnfrage an erster Stelle steht, braucht nicht hervorzuheben zu werden. Dagegen verdient eine umso stärkere Unterstreichung der Grundsatze der Lohnbemessung nach der Leistung und zwar nicht etwa in Bruttoform, sondern in dem Nettoform. Gewiß kann alles übernommen werden, aber am Grundsatze des Leistungslohnes ist nicht zu rütteln. In diesem Sinne muß auch mit dem Aufbau einer einheitlichen und organischen Lohnordnung begonnen werden, welche nicht zuletzt auch Rücksicht auf das innere Verhältnis der einzelnen Branchen zueinander nimmt, nicht, daß alsdann Spannungen zwischen Bau- und Metall-, oder Metall- und Textil usw. entstehen.

Im Rahmen einer künftigen Arbeitsverwaltung werden mannigfache Aufgaben aus früherer Zeit wieder aufzuerleben werden müssen: wie etwa das Schlichtungswesen. Die Schlichtungsausschüsse hätten sich als Organe einer konstruktiven reichseinheitlichen Sozialpolitik zu fühlen und dementsprechend zu betätigen. In diesem Sinne muß auch der Aufbau der künftigen Schlichtungsbehörden organisiert werden.

Mannigfache Fragen aus dem sozial-politischen Sektor ergeben sich auch für den Konsumenten innerhalb der Wirtschaft, der eines nachhaltigen Status bedarf. Es braucht nur an das Preisrecht erinnert zu werden. Im Zuge eines Verbraucherschutzgesetzes liegt auch die Anerkennung der Verbrauchergemeinschaften und bestimmter mittelständischer Einrichtungen. In diesem Sinne muß der Begriff des Mittelstandes als solcher wieder mehr Gedanken machen müssen, nicht etwa im Sinne eines Neuanfanges von Klassen oder Ständen, sondern im Interesse der Schaffung eines möglichst breit ausreichenden Soziallebens. Die sozialpolitischen Erörterungen sollen sich nicht etwa nur auf die Arbeiterfrage erstrecken. Der Mittelstand und namentlich auch die Landwirtschaft sehen sich an der schwierigen sozialen Fragen gestellt, die es mit kräftiger entschlossener Hand zu meistern gilt.

Zum Thema Denazifizierung

verhandelte eine Vollziehung der vorläufigen Volkvertretung Nordwürttemberg-Nordbaden, die am 19. ds. Mts. im Parkhaus in Stuttgart stattfand. Verschiedene Herren von der amerikanischen Militärregierung wohnten der Sitzung bei, an ihrer Spitze der Militärgouverneur Herr Oberst Dawson, der zu Beginn einige Worte an die Versammlung richtete, in denen er seine Anerkennung für die von der vorläufigen Volkvertretung geleistete Arbeit ausdrückte. Wenn die vorläufige Volkvertretung auch keine Entscheidungen habe fällen können, so hätten doch die maßgebenden Stellen dem was hier gesagt worden sei, ihre volle Beachtung geschenkt.

Das Referat hielt der mit der Fortführung des Denazifizierungsgesetzes in Nordwürttemberg-Nordbaden betraute Staatssekretär Gottlieb Kamm. Er führte u. a. aus: Sinn und Zweck des Gesetzes ist, die Macht von denen, die sie im Dritten Reich erhalten haben, zu übertragen auf die, die gewillt sind, ein freies demokratisches Deutschland zu errichten. Alle politischen einwandfreien Personen müssen aktiv an der Durchführung des Gesetzes mitarbeiten — durchdrungen von der Überzeugung, daß es die Grundlage unseres Aufbaues bildet.

Nicht nur Deutschland selbst, sondern die ganze Welt besitzt ein Anrecht darauf, daß eine Wiederholung derartiger Dinge, wie wir sie in den 12 Jahren der Hitlerherrschaft erlebt haben, unterbunden wird. Erst wenn wir im Innern reinen Tisch gemacht haben, können wir unsere äußere Freiheit wieder erlangen. Wer heute, nach einem Jahr, den Konkursverwalter beschuldigt, die Verbrechen von vorher aber nicht sehen will, der fällt genau so unter das Gesetz wie diejenigen, die jene Verbrechen begangen haben.

Um vollständige Unterlagen für die Entscheidung der Spruchkammern zu gewinnen, werden Namenlisten öffentlich angeschlagen, oder zur Einsichtnahme aufgelegt werden, und die Bevölkerung wird innerhalb einer Frist von 10 Tagen die Möglichkeit haben, dem öffentlichen Kläger Angaben über die betreffenden Personen zu machen. Auch die bei den Dienststellen der Militärregierung angefallenen Akten werden den Kammern zugänglich sein.

Zur Kontrolle des Beschäftigungsverbotes werden

die Betriebe und Behörden mit mehr als 10 Arbeitskräften die Meldungen, die sie monatlich zu erstatten haben, am schwarzen Brett anschlagen.

Bei den Mitarbeitern wird keine öffentliche Verhandlung stattfinden; es wird diesen in Form eines Strafbescheides eine Geldbuße in Höhe von 50.— RM bis 2000.— RM auferlegt werden. Die vielen Bescheinigungen werden nur sehr selten das Urteil beeinflussen.

Weiter haben den Termin des 1. 5. 1937 stets für bedenklich gehalten. Vor diesem Zeitpunkt können noch manche in gutem Glauben in die NSDAP eingetreten sein, später aber nicht mehr.

Bis zum 30. 8. 1946 sollen die Internierungslager in deutsche Hände übergehen. Ein großer Teil der Insassen wird entlassen werden; die Hauptschuldigen und Aktivisten werden unmittelbar vor die Spruchkammern gezogen und von dort in die Arbeitslager überführt werden.

Die vier Außenminister beraten

Paris, 21. Juni. (AP) Der Außenminister erzielte auf der Sitzung am Mittwochmorgen einen Einigung über eine Klausel des italienischen Friedensvertrages, wodurch italienisches Eigentum in den hauptsächlich an Frankreich und Jugoslawien abtretenden Gebieten geschützt und die Rechte italienischer Staatsangehöriger gewahrt werden sollen.

Grundsätzliche Übereinstimmung wurde ferner über die Frage der Rückgabe alliierten Eigentums, das während des Krieges an alliierten Ländern geraubt worden war, erzielt. Da jedoch über juristische Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten herrschten, übertragen die Außenminister dieses Problem einem Sachverständigenausschuß. Die Außenminister über eine Klausel, in der die Rückgabe von alliierten Staatsangehörigen festgelegt werden sollen, denen während des Krieges von Italienern persönlicher Schaden zugefügt wurde. Auch dieser Punkt wurde einer künftigen Diskussion überlassen.

Ferner fand ein sowjetischer Vorschlag Annahme, alles von den Besatzungsmächten beschlag-

Wer aus seiner Stellung entlassen wurde und seither in einfacher Arbeit dem Wiederaufbau geübt hat, wird anders beurteilt werden als der, der seit seiner Entlassung bis heute nichts getan hat.

Wer in die Bewährungsgruppe eingereiht wird, wird 10—40 Prozent seines Vermögens zur Wiedergutmachung abzuführen haben.

Die Verantwortung für die Durchführung des Gesetzes muß von allen Parteien gemeinsam getragen werden. Es werden Ausschüsse gebildet werden, die sich jeweils aus Vertretern aller Parteien zusammensetzen und die zu jedem einzelnen Fall ein Vortragsgutachten abzugeben haben.

Im Rahmen der Aussprache, die sich an das Referat des Staatssekretärs Kamm anschloß, ergriff auch Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier das Wort und erklärte u. a., daß die Regierung in ein schwebendes Verfahren vor der Spruchkammer ebenso eingetreten werde, wie in ein normales Verfahren vor den ordentlichen Gerichten. Sie werde sich erst in der Guadeninstanz einschalten und auch da nicht willkürlich, sondern im Rahmen verbindlicher Richtlinien.

Die Außenminister beschloßen außerdem die Bildung eines Ausschusses, der aus den diplomatischen Vertretern der vier Großmächte in Rom bestehen und mit der genauen Auslegung der Bestimmungen des zukünftigen Friedensvertrages betraut werden soll. Der Ausschuß wird seine Tätigkeit unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages für die Dauer von zwölf Monaten aufnehmen.

Die Außenminister befaßten sich zum Schluß der Sitzung mit der französischen Forderung auf das zu Italien gehörende obere Rojatal einschließlich der Orte Fendis und Brigit. Eine Entscheidung über das französisch-italienische Grenzproblem wurde jedoch zunächst nicht getroffen. Molotov hatte eingewendet, er brauche mehr Zeit zum Studium des Berichtes der Sachverständigenkommission über Fragen der Kraftstromversorgung in den betreffenden Gebieten.

Die vier Außenminister stimmten in der Donnerstagmorgensitzung überein, die Frage der italienischen Kolonien auf ein Jahr zurückzustellen. Nach Ablauf dieser Zeit sollen die Kolonien der Treuhänderschaft der UN unterstellt werden, falls die Außenminister zu keinem Entschluß gekommen sind. Außenminister Molotov, der in der letzten Außenministerkonferenz gegen diese Vorschlag der amerikanischen Delegierten Byrnes Einspruch erhoben hatte, erklärte sich jetzt damit einverstanden.

Auf Vorschlag des amerikanischen Außenministers Byrnes wurde ein Sonderkomitee ernannt, das die Frage der italienischen Kolonien sorgfältig prüfen und nach Beendigung seiner Arbeit dem Außenminister sofort Bericht erstatten wird. Griechenland überreichte der Außenminister-Konferenz ein Memorandum, in dem es zwei Milliarden Dollar Reparationsgelder von Italien forderte. Diese Summe stellt das Zehnfache der von dem sowjetischen Außenminister Molotov für Griechenland und Jugoslawien vorgeschlagenen Reparationsleistungen dar und das Zwanzigfache der sowjetischen Forderungen.

Bezugnehmend auf den Entschluß, die britischen und amerikanischen Truppen innerhalb von 90 Tagen nach der Unterzeichnung des italienischen Friedensvertrages aus Italien zurückzuziehen, beschloßen die Außenminister der Vereinigten Staaten und Großbritannien, Deutschland an Stelle von Italien als Nachschubweg für die Besatzungstreitkräfte in Oesterreich zu benutzen.

Belgien und Hollands Forderungen Brüssel, 21. Juni (DANA). Bezüglich seiner Ansprüche gegenüber Deutschland hat Belgien mit der holländischen Regierung ständig die Forderung aufrechterhalten und wird auch gemeinsam mit Holland seine Ansprüche vertreten, so erklärte Außenminister Henri Spaak am Donnerstag vor dem belgischen Senat.

Dank seiner Besprechungen mit Bidault habe Frankreich den belgischen Standpunkt anerkannt. Ein Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten fordert als grundlegende Bedingung für einen Friedensvertrag mit Deutschland die Verhinderung der Bildung einer politischen oder wirtschaftlichen Macht, die den Frieden bedrohen könnte, sowie die Dezentralisierung Deutschlands. Hinsichtlich der Rhein- und Ruhrfrage fordert der Bericht die Internationalisierung der Minen- und Industrieanlagen sowie Beteiligung Belgiens bei ihrer Verwaltung.

Belgien erachtet der Ausschuß in seinem Bericht die Regierung, mit Großbritannien ein Übereinkommen über technische Fragen der zukünftigen Sicherheit Belgiens zu treffen. Der Ausschuß schlägt Zusammenarbeit der beiden Staaten bei der Erwerbung, Instandhaltung, Überholung und Lagerung von Kriegsmaterialien sowie bei der Ausbildung von Spezialpersonal vor. Gleichzeitig wird in dem Bericht die Hoffnung ausgedrückt, daß Belgien Nachbarländer ähnliche Verhandlungen mit Großbritannien aufnehmen werden.

USA-Reparationspolitik

Bad Nauheim, 21. Juni. (DANA) „Die vor kurzem erfolgte Entscheidung des stellvertretenden Militärbefehlshabers, eine weitere Abmontage von industriellen Anlagen einzustellen“, so heißt es in einer Veröffentlichung in Nr. 45 des Nachrichten-Wochenblattes der amerikanischen Militärregierung, „stellt eher eine erneute Bekräftigung als eine Ablehnung der in dem Potsdamer Übereinkommen festgelegten Grundätze dar.“

Die Veröffentlichung befaßt sich mit der durch die Anordnung General Lucius D. Clay verfügte vorläufigen Unterbrechung der Reparationsleistungen, zu der General Clay am 4. Juni in einem Interview in Stuttgart erklärt hat, daß die Unterbrechung solange dauern solle, „bis wir wissen, wann eine deutsche Wirtschaftseinheit besteht.“

Alle Industriebetriebe in Deutschland, die das für Deutschland durch die Beschlüsse des Alliierten Kontrollrats vorgesehene Industriemaß überschreiten, sollen als Reparationen an die Opfer der deutschen Aggression abgeliefert werden. Für diese Ablieferung bestehen jedoch gewisse einschränkende Voraussetzungen, die als wesentlich für eine völlige Durchführung des Planes betrachtet wurden. Die bedeutendste dieser Bedingungen ist, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt wird. Die Bedeutung dieser Voraussetzung ist offensichtlich. Die beschränkte Wirtschaftskapazität Deutschlands würde nicht gestattet, daß jede Zone eine autarke Einheit bildet, die unabhängig von den anderen Zonen existieren kann. Uneingeschränkte Handelsbeziehungen zwischen den vier Zonen und völlige Freiheit des Transportwesens sind notwendig. Zentrale Behörden zur Überwachung von Export und Import, von Landwirtschaft und Industrie müssen eingerichtet werden. Obwohl alle diese in dem Potsdamer Übereinkommen ausdrücklich vorgesehen ist und die Voraussetzung für die Durchführung des Reparationsprogrammes darstellt, ist es noch nicht in die Tat umgesetzt worden. Die letzte amerikanische Zone war schon immer von den Rohmateriallieferungen aus dem übrigen Deutschland abhängig. Sie erhielt Kohle, Stahl aus der britischen, Nahrungsmittel und Samen aus der sowjetischen sowie Düngemittel und Weißblech aus der französischen Zone.

Zur Zeit geben die Vereinigten Staaten jährlich annähernd 200 Millionen Dollar für Importe aus, um Hunger, Epidemien und Benutzungen in der amerikanischen Besatzungszone zu verhindern. Die

Durchführung eines Reparationsprogrammes, das nur auf ein wirtschaftlich geeinigtes Deutschland berechnet war, würde zu einem Zeitpunkt, da in den Bestrebungen zur Schaffung einer deutschen Wirtschaftseinheit ein Stillstand eingetreten ist, eine dauernde erhöhte Belastung des amerikanischen Steuerzahlers bedeuten. Die Vorbereitungen für weitere Reparationslieferungen werden fortgesetzt, aber die Abmontierung der Fabriken wird erst wieder aufgenommen werden, wenn wir wissen, daß das Potsdamer Übereinkommen in vollem Umfange durchgeführt wird.“

Großbritannien für Achtung der Atombombe

New York, 21. Juni. (AP) Sir Alexander Cadogan, der britische Delegierte im Welticherichtsrat, befürwortete am 19. ds. Mts. im Namen seiner Regierung den amerikanischen Vorschlag zur Achtung der Atombombe als Waffe. In seiner Rede auf der zweiten Sitzung der UN-Atomkommission sagte Cadogan den weitestgehenden Beitrag Großbritanniens für die Schaffung einer internationalen Atom-Überwachungsbehörde zu, die nach dem Baruch-Plan ausreichende Vollmachten für eine schnelle und durchgreifende Bestrafung von Übertretungen künftiger Kontrollmaßnahmen besitzen soll. „Die besondere Bedeutung des amerikanischen Vorschlags liegt darin“, betonte Cadogan, „daß die zu schaffende internationale Überwachungsbehörde die Schaffung einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie bringen und diese Zusammenarbeit zum Nutzen der Industrie und anderer friedlicher Zwecke verwerten könnte.“

Eisenhower zur Atomforschung Washington, 21. Juni (DANA). Das Repräsentantenhaus veröffentlichte am Donnerstag den Erlaß General Eisenhowers, des Generalstabschefs der gesamten amerikanischen Armee, in der er seine Ansichten über die Atomenergie und die Beziehungen der Vereinigten Staaten zur Sowjetunion sowie die Aufgaben der amerikanischen Atomforschung darlegte.

General Eisenhower erklärte, er sei dagegen, irgendwelche Geheimnisse der Vereinigten Staaten über die Atomforschung preiszugeben, bevor man davon überzeugt sei, daß auch die anderen Staaten den gleichen allgemeinen Richtlinien in bezug auf die Atomforschung folgen. Er glaube, daß man die freundschaftlichen Beziehungen zu der Sowjetunion kommen könne. Nach seiner Meinung stehe es außer Frage, daß der sowjetische Bürger hoffe, mit den Vereinigten Staaten auf freundschaftlichem Fuße zu stehen.

Kurzer Prozeß mit radikalen Nazis

Lüneburg, 21. Juni. (DANA) Der Prozeß gegen 35 junge Deutsche, die beschuldigt werden, der geheimen Untergrundbewegung „Rana“ angehört zu haben, begann im Lüneburger Landesgericht.

Der Verfahren war am 3. Juni wegen der Schwere des Falles vom einfachen Lüneburger Militärgericht an das Höhere Militärgericht verwiesen worden. Die Hauptangeklagten dieses Prozesses sind der 19jährige Reinhold Ritter, der 21jährige Heino Papert und der 19jährige Albert Kirchner, außerdem Hans Oberdieck, Reinhold Ertel und Willi Weß. Die meisten der Angeklagten sind ehemalige Hitlerjugendführer.

Als Beweismaterial sind Stapel von Munitionskisten im Saal des Landesgerichts aufgebracht. Der Angeklagte Günther Liebenan ist am Tage des Prozeßbeginns aus einem Lüneburger Krankenhaus in die sowjetische Besatzungszone geflüchtet. Aus verschiedenen Aussagen geht hervor, daß Liebenan in Lüneburg als Einsatzleiter von zwei Gruppen der „Rana“ galt, die von Ritter und Papert geführt wurden. Propagandaleiter der Gruppe soll Oberdieck gewesen sein, während Willi Weß für Verwaltungsangelegenheiten zuständig gewesen sein soll.

Lebend darf er nicht zurückkommen

Hamburg, 21. Juni. (DANA) „Der abgesprochene australische Flieger wurde auf die Flucht erzwungen“, diktierte der Kommandeur des Zeugnisses Glinde seiner Sekretärin in einem Brief an seine vorgesetzte Dienststelle. Dies erab sich aus einer Gerichtsverhandlung gegen den Betriebsobmann und Volksturmkompanieführer des Heereszeugamtes Glinde bei Hamburg, Heinrich Specht, den früheren Kommandeur Oberst Heinrich Bernicke sowie die früheren Volksturmleiter Franz Mejerer, Franz Rosenkranz und Heinrich Siemer, die unter der Anklage, am 31. März 1945 einen abgesprungenen australischen Flieger erwidert zu haben, stehen.

Der Zeuge Stanislaus Zmolewski sagte aus, der damalige Betriebsobmann Specht habe geäußert, als er die Anordnung traf, daß Zmolewski mit zwei Kollegen den gefangenen australischen Flieger am Abend abtransportieren müsse. „Was ihr zu tun habt, wißt ihr wohl selbst, lebend darf er jedenfalls nicht mehr zurückkommen.“

Zur Charakteristik des Hauptangeklagten sagte der Zeuge Jakobus aus, der damals Unteroffizier und Wachhabender im Zeugamt Glinde war, daß

Specht die ganze Belegschaft im Betriebsappell zu brutalem Mord aufgefordert habe und auch noch in den letzten Stunden vor dem Zusammenbruch gedroht habe, jeden zu erschlagen oder zu erschießen, der von Zusammenbruch spräche.

Jakobus berichtete weiter, er habe selbst eine Unterredung zwischen Oberst Bernicke und Specht gehört, in welcher der Kommandeur gefragt habe, was mit dem Flieger geschehen solle. Specht habe geantwortet, für diese Verbrecher gäbe es nur eines „liquidieren“.

Todesurteil im Rastatter Prozeß

Rastatt, 21. Juni. (DANA) Hermann Franz wurde vom höchsten Gericht der französischen Besatzungszone, dem „Tribunal General“ in Rastatt, wegen Mitgliedschaft in einer Nazi-Untergrundbewegung und wegen unerlaubten Waffenbesitzes zum Tode verurteilt.

Zwei Jahre Zuchthaus erhielt der gleichen Verbrechens angeklagte Franz Reiche. Je fünf Jahre Zuchthaus wurden gegen Josef Reiche und Konrad Scheffold verhängt. Acht bzw. drei Jahre Gefängnis erhielten Otto Moll und Karl Bühler. Die sechs Verurteilten waren Mitglieder einer im April von den französischen Behörden aufgedeckten Untergrundbewegung. Insgesamt 60 Mitglieder dieser Bewegung werden sich gegen die Anklage des unerlaubten Waffenbesitzes zu verantworten haben. Die Minderjährigen der Bande konnten vor ein mittleres Gericht, während die Erwachsenen vor das höchste Gericht der französischen Zone gestellt werden.

Zwei Maschinenpistolen, 16 Gewehre, mehrere Pistolen und Revolver wurden bisher in einem Wald gefunden.

Neuer KZ-Prozeß in Braunschweig

Braunschweig, 21. Juni (DANA). Vor dem hiesigen Militärgericht hat ein Prozeß gegen die beiden ehemaligen „Kapos“ Knopf und Oleschewski begonnen, denen Tötung und brutale Behandlung alliierter Staatsangehöriger in den früheren Konzentrationslagern Stöcken und Ahlem bei Hannover zur Last gelegt wird.

Laut Zeugnisaussagen soll ein Häftling, der eine Kartoffel vom Boden aufgehoben hatte, niedergeschlagen und anschließend in der Waschküche erhängt worden sein. Wer sich bei Knopf krank meldete, soll von ihm verprügelt und in anderer Weise mißhandelt worden sein.

Das freie Wort

Hildegard Heckel, Karlsruhe, Blumenstraße 23, schreibt uns: „Warum kann man in Karlsruhe nicht auch bei der Städtischen Straßenbahn wieder Schaffnerinnen einstellen? In anderen Städten, z. B. Heidelberg, Stuttgart und Mannheim sind auch Schaffnerinnen beschäftigt. Die Leistungen unserer Schaffnerinnen während des Krieges waren außerordentlich. Bomben und Jabobeschuß stimmte ganz groß. Es wäre doch mancher Fahrer Mann noch nicht zu Hause ist, bei der Straßenbahn wieder Arbeit und Verdienst gegeben. Oder, ihr lieben Karlsruhe, habt ihr so ganz keine Schaffnerinnen vergessen?“

Die BNN geben ausnahmsweise nachstehender Zeitschrift Raum, obwohl die Schreiberin, anscheinend aus unverdächtigem Angstrücken, nur mit den Anfangsbuchstaben B. H. K. (Bretten—Pforzheim) unterzeichnet hat: „Seit ich in Pforzheim am 23. Februar 1945 ausgebombt wurde, befindet sich mich in einem Landst des Kreises. Hier muß ich als „Haushaltshilfe“, d. h. Mädchen für alles, in einem Bauernhaushalt arbeiten. Es bleibt keine Arbeit voranhalten; die Leute machen mich bald noch zum Stallknecht, denn auch dort hilft schon helfen müssen. Die Sache mit der Zahlung und den Versicherungen (Krankenversicherung, Invalidenversicherung) liegt wesentlich schlechter. Es ist doch die Pflicht jeden Arbeitgebers, seinen Arbeitnehmer sofort bei Beginn ihrer Beschäftigung in den Versicherungen anzumelden. Mein Arbeitgeber bzw. Arbeitgeberin hat dies nicht gemacht. Künftig möchte ich einen Schein für den Zahnarzt holen; vergebens, auf der AOK bekam ich ein Anmeldeformular mit. Trotzdem zeichne diese Arbeitgeberin keine Neigung, mich anzumelden. Sie begründet dies damit, ich sei nur evakuiert bei ihr. Das heißt also, ich muß gerade für das Essen arbeiten. Nach meiner Arbeit zu urteilen, ist überhaupt keine Vergütung. Im Interesse vieler Menschen, denen dasselbe Los beschieden ist, bitte ich um Abdruck, den ich dann dieser Frau unter die Nase halten werde.“

Stimme der Parteien Ist die CDU eine konfessionelle Partei? Hierzu äußert sich ein führender evangelischer Christ wie folgt: Oberkonsistorialpräsident von Arnim aus Berlin, einer der Mitgründer der Berliner Union, äußert sich über seine Zugehörigkeit wie folgt: „Die Erkenntnis, daß gegenüber der Kirchenpolitik des nationalsozialistischen Staates nur konpromissloser Widerstand helfen könnte, führte viele erste, evangelische Christen in die Reihen der bekennenden Kirche. Sie hatte die Hauptlast des Kampfes, des Angriffs, wie der Verteidigung der ersten organisierten Gegnerin des Nationalsozialismus und der von ihm vertretenen totalitären Ansprüche zu tragen. Ihr Kämpfen und Leiden fand bald Anerkennung in katholischen Kreisen. Gemeinsamer Not und gemeinsames Leid in Gefangnissen und Konzentrationslagern, in Behinderung der christlichen Verkündigung, an Sterbebetten und bei Hinrichtungen ließen die gemeinschaftlichen Grundlagen deutschen Wesens und deutscher Existenz immer deutlicher werden und ein festes Gefühl christlicher Zusammengehörigkeit der christlichen Konfessionen herein in die Aufgaben der neuen Zeit nehmen. Diese Zeit läßt erst in vollem Lichte erscheinen, um an der Erneuerung des deutschen Volkes weiterhin teilzunehmen, auch einen politischen Standpunkt gewinnen müssen. Sie betreffen das auf fruchtigste den Entschluß ihrer katholischen Mitbrüdern, von der Neugründung des Zentrums als einer konfessionell-politischen Partei abzusehen. Mit diesem Entschluß der Katholiken war die Bahn frei für eine Zusammenfassung aller Christen auf einer Plattform. Ein beliebiger Glied einer bekennenden Kirche wird daher seinen politischen Ort in der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands finden, denn hier allein wird christliche Weltanschauung und christliche Kultur als richtungsgewand vertreten. Hier allein herrscht die Überzeugung, daß das Christentum nicht eine private Angelegenheit des Menschen ist, sondern daß es in die Öffentlichkeit des deutschen Lebens gehört und dort zu Wort kommen muß.“

Dr. Schumacher vor der Presse Berlin, 21. Juni (DANA). Der Vorsitzende der SPD in den Westzonen, Dr. Schumacher, hielt am 19. ds. Mts. in der Hauptgeschäftsstelle der Berliner SPD mit deutschen, amerikanischen, britischen, russischen und französischen Journalisten eine Pressekonferenz ab und äußerte sich dabei über die Stellung der SPD zu den wichtigsten Tagesfragen.

Eine der ersten Fragen, die an Dr. Schumacher gestellt wurden, galt der Tatsache, daß vor allen in der Besatzungszone des Ruhrlandes in der britischen Zone viele Nazis noch nicht entfernt worden seien. „Während der Prozeß der Entnazifizierung“, antwortete Dr. Schumacher, „in der britischen Zone anfangs nicht mit demselben Schwung durchgeführt worden ist, wie in der amerikanischen Zone, sind gerade in den letzten Wochen große Fortschritte gemacht worden und viele Beamte der ehemaligen Reichswehr sind im hohen Bogen entfernt.“

Auf die Frage eines Journalisten, wie Dr. Schumacher über die neuen Bestimmungen über die Entnazifizierung von Kriegsverbrechern in Sachsen denke, antwortete Dr. Schumacher: „Über die Vorkänge in Sachen bin ich leider im einzelnen nicht im Bilde, da die SPD in Sachen nicht zugelassen ist und mir daher keine genauen Informationen zukommen können. Ein SED-Journalist wollte wissen, ob es stimme, daß Zeitungen und Zeitschriften aus der Sowjetzone Deutschlands und gewisse Berliner Zeitungen im Westen verboten seien. Diese Frage beantwortete Dr. Schumacher mit „Nein“. Eine andere Frage ging um die Stellungnahme der SPD des Saargebietes zu einer Lösung des Gebietes von Deutschland. „Es mag eine Reihe Sozialdemokraten geben“, erwiderte Dr. Schumacher, „die wohl- und willkürlich für einen Anschluß an Frankreich sind, geschlossen aber ist die Sozialdemokratie des Saargebietes für ein einziges Deutschland.“ Die Frage, ob Berlin die Hauptstadt des deutschen Staates bleiben solle, beantwortete Dr. Schumacher damit, daß unter der Voraussetzung des Zustandekommens eines deutschen Staates nichts dagegen spräche, vorausgesetzt daß in allen Zonen jede Partei das Recht habe, sich nach ihrem Willen zu organisieren. „Deutschland verfügt noch über genügend bewährte Kräfte, die bereit sind, die Konsequenzen aus dem Hitlerkrieg auf sich zu nehmen und sich für Völkerverständigung und Völkerverständigung einzusetzen“, so erklärte Dr. Schumacher vor etwa 2000 Menschen am 20. ds. Mts. im Berliner Poststadion. Dazu müßten allerdings die wirtschaftlichen und materiellen Voraussetzungen gesichert sein.

Dr. Schumacher wies weiter darauf hin, daß dem deutschen Volke in Potsdam Gerechtigkeit von den Siegermächten zugesprochen worden wäre.

Vertical text on the right edge of the page, likely bleed-through or marginal notes, including names like 'Karl Schumacher' and other names.

# Karlsruher SPIEGEL

„Es bedient Sie Herr...“

Erziehung ist eine schöne, aber verantwortungsvolle Aufgabe. Erzogene Menschen besitzen Anstand, die Folge der guten Kindererziehung. Andere vielleicht eine schöne Kinderstube, aber keine Erziehung. Um diese Mängel auszufüllen, begann man mit Verkehrserziehung.

Sie hat viel dazu beigetragen, daß die mit dicken weißen Strichen erkannten Straßenüberquerungen nicht mehr als „neutrale Zone“ betrachtet werden, sondern tatsächlich schon von einigen Fußgängern beschriftet werden. Das ist immerhin ein Anfang. Die Hoffnungslosen lernen es nie, aber es gibt auch solche, die lernen wollen. Und da gibt es viele Dinge, die dazu beitragen können.

Ich gehe auf ein Amt, schließe mich vorchriftsmäßig an und absolviere das vorgeschriebene Warteminuten. Die Reihe der Wartenden wird geringer und schließlich gelangt es auch mir, in das „Allerheiligste“ vorzutreten. Knapp Verbundenheit der „Güter“ vorzutreten. Knapp Verbundenheit der „Güter“ vorzutreten. Knapp Verbundenheit der „Güter“ vorzutreten.

Auf Wiedersehen, Herr... Die Namen wußte ich beim besten Willen nicht. Das Gemurmel konnte Meier, Schulze oder Lehmann heißen.

Ich erinnere mich an die freundlichen Schilder an den Bankalkalären. „Hier bedient Sie Herr X.“ Solche oder ähnliche Karten habe ich auch sonst vereinzelt feststellen können. Das Anonyme wird dadurch dem persönlichen Verhältnis, und mit kleinen Mitteln war damit eine Basis zur Verständigung geschaffen. Ein Hilfsmittel, deren es viele gibt und gleichzeitig ein entzweigendes Gegenmittel für automatenähnliches „Publikum.“ P.S.

**Wahlberechtigte, nehmt Einsicht in die Wählerliste**  
Wer keine Bescheidigungskarte der Wahlrechtsstelle erhalten hat, besorge sich zur letzten und sichere sich sein Wahlrecht. Die Wahlrechtsstelle, Gartenstr. 53, 3. Stock, ist nur noch heute bis 12 Uhr abends geöffnet. Danach wird es nicht mehr geöffnet. Die Wahlrechtsstelle an der Wahlrechtsstelle ausstellen zu lassen.

**Besatzungsleistungen an die französische Besatzungsmacht**  
Die Bevölkerung und die Firmen werden aufgefordert, ihre Forderungen aus Leistungen und Lieferungen an die französische Besatzungsmacht, soweit dies noch nicht geschehen und noch nicht abgerechnet ist, sofort für die Stadt Karlsruhe dem zuständigen Besatzungskostenamt Karlsruhe, Maximilianstraße 8, für den Landkreis Karlsruhe dem Bürgermeisteramt des Ortes, in dem die Leistung stattgefunden hat, anzumelden. Alles Nähere ist dem heutigen Inserat des Besatzungskostenamts für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe zu entnehmen.

**Zuteilung von Kraftfahrzeugen**  
Es kommt immer wieder vor, daß Anträge auf Zuteilung von Kraftfahrzeugen amerikanischer oder deutscher Herkunft unmittelbar an die Militärregierung gerichtet werden. Anträge auf Zuteilung von Kraftfahrzeugen sind jedoch laut Mitteilung der Militärregierung in jedem Falle an das Straßenverkehrsamt der Stadt Karlsruhe und keinesfalls unmittelbar an die Militärregierung zu richten.

**Die Prozessionen an Fronleichnam**  
Emsige Hände waren schon in den frühesten Morgenstunden des Fronleichnamstages am Werk, um die Prozessionen zu schmücken und die Stationsaltäre aufzubauen. Was der Sommer an Blüten und Blumen zu verschicken hatte, wurde zusammengetragen und zu farbenfrohen Sträußen und Girlanden gebunden und zu kunstvollen Blumentepichen mit Symbolen des Festes und der Kirche verarbeitet. Von den Kirchen, kirchlichen Gebäuden und auch von Privathäusern wehten die weißgelben und weißblauen Fahnen des Papstes und der Kirche in kühlen Sommerwind, der die regnernde Gewölke verwehte und den wärmenden Strahlen der Sonne Durchlaß verschaffte. So konnten die Prozessionsprozessionen der einzelnen Pfarreien ungestört durchgeführt werden. Besonders eindrucksvoll gestalteten sich die Fronleichnamprozessionen in den Ruinenkirchen von St. Stefan, St. Peter und Paul Mühlburg, St. Bernhard, Unserer Lieben Frau. In St. Bonifatius fand das Hochamt auf dem freien Platz vor dem Gotteshaus statt. Die Beteiligung an dem Prozessionszug war sehr stark; zahlreiche Zuschauer umsäumten die Prozessionswege und ließen das farbenfrohe Bild der Prozessionszüge mit ihren singenden und betenden Männern, Frauen und Kindern und mit der ganzen liturgischen Prachtentfaltung der kath. Kirche auf

## 1. Öffentl. Sitzung der Spruchkammer

Die Spruchkammer I tritt zur 1. öffentlichen Sitzung am Samstag, 22. Juni 1946, 9 Uhr, im Schwurgerichtssaal zusammen.

## Theaterplanwirtschaft und Demokratie

Zu diesem Thema wird Wolfram von Zastrow, der die Geschäfte des leitenden Dramaturgen am Neuen Theater Karlsruhe für die kommenden Spielzeiten führen wird, am Dienstag, 25. Juni, auf Einladung von Direktor Bert Meurer sprechen. Vertreter der Militärregierung Stuttgart und Karlsruhe, des Badischen Kultusministeriums, des Badischen Staatstheaters, der Parteien, des Gewerkschaftsbundes, beachtbarer Bühnen werden erwartet, sowie vier auswärtige und der Karlsruher Presse, die ihr Erscheinen bereits zugesagt haben. N. T.

## Professor Dr. Adam Weyrich

Professor Dr. Adam Weyrich verstarb rasch und unerwartet durch eine Lungenembolie im Alter von 70 Jahren. Er wurde am 21. 12. 1875 in Kirch-Brombach in Hessen geboren, entschied sich zunächst zum Lehrberuf, wechselte aber bald zum Hochschulstudium über, das er 1904 mit der Promotion zum Dr. phil. in Heidelberg abschloß. Zunächst noch in Heidelberg tätig, erhielt er 1909 seinen ersten Ruf als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Lehr- und Versuchsinstitut von Geh. Rat Bunte in Karlsruhe; 1911 nahm er eine Stellung als Generalsekretär beim Gas-u. Wasserfachministerium in Oesterleingarn an. 1913 kehrte er nach Karlsruhe zurück, arbeitete unter Geh.-Rat Bunte weiter und wurde 1921 Leiter des hiesigen Gasinstituts. 1924 wurde er als Dozent an das hiesige Staatstechnikum berufen, wobei er sich nebsther stets weiter im Gasinstitut betätigte. 1927 wurde er zum Professor ernannt. P. S.

## Die Stadtverwaltung im Zeichen der Demokratie

Das einmütige Vertrauensvotum des Stadtparlamentes — Oberbürgermeister Veit, 1. Bürgermeister Heurich, Bürgermeister Riedinger gewählt

Für die Stadt Karlsruhe bedeutet der heutige Tag den Anbruch einer neuen Ära. Nach zwölf Jahren diktatorischer Stadtherrschaft und einer durch die Katastrophe des Jahres 1945 bedingten ungemein schweren Übergangszeit, wurde heute wieder zum erstmaligen seit dem Jahre 1933 die Fahne der Demokratie auf dem Karlsruher Rathaus gehißt. 18 Jahre sind es her, seitdem zum letzten Mal durch den damaligen Bürgerausschuß und Stadtrat die Bürgermeister der Stadt demokratisch bestimmt wurden.

Heute nach einem Zusammenbruch ohnehin, wurden die am 26. Mai durch das Volk von Karlsruhe gewählten Stadträte in dem festlich mit Lorbeerblumen ausgeschmückten, lichtdurchfluteten Saal des Reichspostdirektionsgebäudes an der Ettlingerstraße zusammenberufen, um in ihrer ersten Amtshandlung die Wahl des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister vorzunehmen. Die Bedeutung, die die Militärregierung diesem ersten demokratischen Akt zumal, ist aus der Anwesenheit des Kommandanten der Stadt Karlsruhe Major Neel, und des Capt. Baker, zu ersehen. Stadtrat Töpfer als dienstältester Stadtrat eröffnet mit herzlichen Begrüßungsworten die 1. Sitzung. Er bewillkommt vor allem die Vertreter der Militärregierung und würdigt die schwere und verantwortungsvolle Arbeit, die dem neugewählten Stadtrat bevorsteht, die vielmehr größer sei als alles das, was

am Staatstechnikum ernannt. Hier entfaltete er eine reiche Tätigkeit als Lehrer der studierenden Jugend, die ihn verehrte und liebte. In der Maschinenbauabteilung hatte er sich mehrere reichhaltige Laboratorien eingerichtet für ausführendes Vermitteln der Gasttechnik und Brennstoffwirtschaft. Auf seine Veranlassung wurde eine Sonderabteilung für dieses Fach vorgesehen, doch kam dies durch den Krieg leider nicht mehr zur Verwirklichung. Nach verschiedenen Aufenthalten kehrte der bald 70-jährige nach Beendigung des Krieges nach Karlsruhe zurück und nahm mit neuer Kraft seine Berufstätigkeit wieder auf, bis ihn so plötzlich der Tod ereilte. Mit ihm ist einer der besten Kenner des Gas- und Wasserfaches, der über die Grenzen bekannt war, von uns gegangen. F. S.

## Diamantene Hochzeit

Die Eheleute Karl Sutter, Ladendorferstr. 35 wohnhaft, konnten am 19. Juni das seltsame Fest der diamantenen Ehejubiläum begehen. Der Herr Oberbürgermeister hat aus diesem Anlaß dem Jubelpaare namens der Stadt und auch persönlich die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe übermitteln lassen.

**Geburtsstage.** Heute feiern Frau Liette Stut, Karlsruhe-Ruppurr, Langstraße 87, den 83. und Frau Veronika Huber, Karlsruhe, Lameystraße 55, den 80. Geburtsstag.

**Ehrendienst.** Für alle, die am Samstag, 22. Juni, beim Ehrendienst mitarbeiten, ist Treffpunkt um 13 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Vierordtbad in der Ettlinger Straße.

## Karlsruher Sterbefälle

Emilie Katharina Hesselverder, geb. Retzel, 89 Jahre alt, Georg-Kaiser-Str. 11, Maria Sabina Gilbert, geb. Wolhard, 73 J., Wilhelm-Lang, 46 J., Anna Dürr, geb. Nees, 58 J., Anna Siegrist, geb. Ziegler, 48 J., Barbara Faust, geb. Reis, 85 J., Luise Braun, geb. Greter, 56 J., Maria Magdalena Rätzel, geb. Schlick, 69 J., Hermann Paul Hopf, 71 J., August Hermann Jakob Gabel, 74 J., Maria Stöffelmeier, geb. Ig, 56 J., Adam Weyrich, 70 J., Hilene Maria Höck, 2 Monate, Carl Friedrich Pötscher, 67 J., Klaus Anselmet, 2 Monate.

je in der Vergangenheit zu leisten gewesen sei. Am Schluß spricht der Vorsitzende dem Oberbürgermeister Veit und den Bürgermeistern Heurich und Riedinger den Dank des Stadtrats für die in der Vergangenheit für das Gemeinwesen geleistete Arbeit aus.

Zunächst werden einige Formalien erledigt. Die Stadträte Dr. Kühn und Dr. Trautwein werden zu Urkundspersonen bei der Wahlhandlung bestimmt. Im Anschluß daran wird eine wichtige Änderung der Gemeindefassung insofern vorgeschlagen, daß in Zukunft die Stadtverwaltung von einem Oberbürgermeister und 3 stellvertretenden Bürgermeistern hauptsächlich geleitet wird. Die Stadträte aller Parteien stimmen diesem interfraktionellen Antrag zu, in der Erkenntnis, daß gerade in der jetzigen Notzeit alle Parteigruppen durch ihre Bürgermeister die Verantwortung für den Wiederaufbau unserer Stadt gemeinsam zu tragen haben. Die demokratische Volkspartei wird den ihr durch den Beschluß der Partei vorbehaltenen Bürgermeisternposten durch eine aus ihren Reihen stammende Persönlichkeit erst später besetzen.

Um 16.30 Uhr beginnt die Wahlhandlung, die in geheimer Abstimmung in 2. Wahlgängen, den 1. zur Wahl des Oberbürgermeisters und den 2. zur Wahl der beiden anderen Bürgermeister durchgeführt wird. Bei der Auszählung des Wahlergebnisses wurden die Beisitzer in den Kreiswahlausschuß für die Wahl der verfassunggebenden Landesversammlung Baden-Württemberg bestimmt. Es sind dies Herr Herrmann, Pötscher, Kühlewin und Kraus.

Sodann verkündet der Vorsitzende das Ergebnis der Wahlhandlung, die geheim vorgenommen wurde. Oberbürgermeister Veit wurde mit dem Stimmen aller Stadträte, nämlich 24, zum Oberbürgermeister, Bürgermeister Heurich mit derselben Stimmenzahl zum stellvertretenden 1. Bürgermeister und Bürgermeister Riedinger mit 23 Stimmen zum Bürgermeister der Stadt Karlsruhe für die zwei Jahre dauernde Amtsperiode gewählt. Stadtrat Töpfer beglückwünscht die Gewählten. Mit herzlichem Händedruck beglückwünscht die Vertreter der amerikanischen Militärregierung und die Stadträte die neugewählten Leiter unserer Heimatstadt. Während die Wahlhandlung in geschlossener Sitzung vorgenommen wurde, wurde nun für die Abstimmung des Rechenschaftsberichtes der Stadtverwaltung durch den Oberbürgermeister die Öffentlichkeit der Sitzung hergestellt. Eine zahlreiche Zuhörerschaft hatte sich inzwischen eingefunden. Stadtrat Töpfer gab nun unter starkem Beifall des anwesenden Publikums das Wahlergebnis öffentlich bekannt. Er wies in einer Schulrede darauf hin, daß diese einmütige Vertrauenskundgebung der Parteien beweise, daß jede Partei bereit sei, die durch die Gegenwart bedingte Verantwortung zu tragen. Es habe in Karlsruhe in den Bürgermeistern Lauter, Schnepf und Finter schon tüchtige Bürger-

# Aus dem Parteileben der Sozialdemokratie

Allgemeine Mitgliederversammlung — Oberbürgermeister H. Veit berichtet über den Parteitag Fragen der Verfassung — Dr. Schumacher spricht in Karlsruhe — Der „rote Faden“

Am 18. Juni war der Kantinensaal Haid und Neu dicht besetzt von den Mitgliedern des Ortsvereins Karlsruhe der SPD, um den Bericht des vom Parteitag delegierten und dort in den Gesamtverband der SPD gewählten Oberbürgermeisters Veit entgegenzunehmen. Der Ortsvorsitzende Stadtrat Töpfer gedachte zunächst des in New York verstorbenen Genossen Reinhold, des früheren Landessekretärs der SPD und Vizepräsidenten des Badischen Landtags.

In einem fast zweistündigen Bericht ließ Oberbürgermeister Veit den Hannoverischen Parteitag entstehen und der stark beeindruckten Mitgliedschaft lebendig werden. Er führte u. a. aus, daß die Tage dort zu einem außerordentlich impulsiven Erlebnis wurden und sich in der Politik der deutschen Sozialdemokratie als maßgebend erweisen und auswirken beginnen. Die Rede des einstimmig gewählten Vorsitzenden Dr. Schumacher auf dem Parteitag über „Wege und Ziele der deutschen Sozialdemokratie“ habe in ihrer programmatischen Bedeutung und kräftigen Formulierung in der Geschichte der Nachkriegszeit erstmalig die Stellung des Volkes und der Siegermächte in der Gesamtproblematik behandelt.

Das „Sozialistische Wirtschaftsprogramm“, das Fundament der Wirtschaftspolitik der SPD, war auf dem Parteitag von Dr. Victor Agart entwickelt worden. Oberbürgermeister Veit griff die wesentlichen kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsgestaltung aus dem Referat von Dr. Agart besonders heraus und gab der Notwendigkeit, die neue deutsche Wirtschaft sozialistisch aufzubauen, starken Nachdruck. Oberbürgermeister Veit beendete seinen Bericht mit der Feststellung, daß die deutsche Sozialdemokratie neben der politischen Konzeption zur Neugestaltung Deutschlands und Europas auch das wirtschaftliche Funktionsprogramm besitze, um den Menschen endlich Frieden, Freiheit und Wohl-

stand zu bringen. Er leitete dann über zu den gegenwärtigen Zeitfragen. Die verfassunggebende Landesversammlung, die am 30. Juni gewählt würde, erhalte ihren tieferen Sinn durch die in der Verfassung festzulegenden Grundrechte des Volkes. Das Volk müsse sich solche Vertreter wählen, die eine sozialistische, eine demokratische und eine deutsche Haltung besitzen und geeignet sind, gegenüber allen reaktionären und konservativen Kräften eine edle Volksverfassung zu schaffen. Die Stadtkandidaten Veit, Konz, Eisele und die Kandidaten des Landkreises Möller, Arbeit, Eckert sind vom Vertrauen der Mitglieder gewählt und bestimmt. Die Interessen der sozialistischen Wähler wahrzunehmen. Der vorgesehene Senat entspreche nicht dem gesunden demokratischen Empfinden, auch seien in ihm gegenüber allerlei Ständevertretern nur vier Vertreter der Arbeiterschaft vorgesehen.

Stadtrat Töpfer dankte dem Oberbürgermeister Veit für den von der Versammlung mit starkem Beifall und Zustimmung aufgenommenen Bericht. Weiterhin gab er bekannt, daß Dr. Schumacher am 26. Juni, abends 8 Uhr, in Karlsruhe, auf dem Festhallaal sprechen wird. Das politische Kabarett „Der rote Faden“, eine Spielgemeinschaft der Karlsruher Jungsozialisten, hat sich wieder gebildet und am 19. Juni bei einer Wahlkundgebung in Eggenstein, bei der Jugendgenosse Streufert ein vorzügliches Referat hielt, seine 1. Vorstellung gegeben. Unter Leitung von Arthur Fassel und unterstützt von 5 Musikern der Kapelle „Hero“ wirkten etwa 20 Jungsozialisten mit, um die Versammlungen besonders auf dem Lande durch politische Reden, Rezitationen, Songs usw. auszugestalten und wirksam zu machen.

Die Karlsruher Sozialdemokraten stehen mit starkem Impuls in politischen Zeitgeschehen. Der große Mitgliederstand sowie die letzte Stadtratswahl legen Zeugnis ab, daß die Aufwärtsentwicklung ist.

## Schwerste Disziplinarstrafen

für Heiraten von Amerikanern mit Deutschen  
Berlin, 21. Juni. (DANA) General Joseph T. McNarney, der Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa und Militärbefehlshaber der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, erklärte am Freitag auf einer Pressekonferenz, daß er nicht die Macht hätte, bestehende Ehen aufzulösen, daß er aber gegen jede unter amerikanischer Oberhoheit stehende Person, die das Verbot der Eheschließungen mit Deutschen übertrete, die schwersten Disziplinarstrafen zur Anwendung bringen würde. Es sei keine Änderung im Verbot für Eheschließungen Staatsangehöriger anderer Länder mit Deutschen eingetreten, sagte General McNarney, und jeder Vorschlag zur Änderung würde ungünstig beurteilt werden, bevor ein Friedensvertrag abgeschlossen sei.

## Rückführung der Oesterreicher

Stuttgart, 21. Juni. (DANA) Alle zurzeit in Nord-Württemberg und Nord-Baden befindlichen Oesterreicher müssen sich, wie die Pressestelle des Staatsministeriums für Nord-Württemberg und Nord-Baden erneut darauf hinweist, in das Sammellager Ulm begeben, um dort den Weitertransport nach München und in ihre Heimat abzuwarten. Nicht nach Oesterreich zurückgeführt werden alle diejenigen Personen, die vor dem 1. September 39 im Gebiet der jetzigen amerikanischen Besatzungszone Württemberg einmündig waren, die die Befreiung nicht direkt nach München reisen dürfen, sondern auf jeden Fall zuerst das Sammellager Ulm passieren müssen.

## Rentenansprüche der Ostflüchtlinge

Ostflüchtlinge aus Ostpreußen, Schlesien, Wartheland, Danzig, Sudetenland, Ostpommern und Oesterreich, die aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung von einem der 14 in der Vertriebsregion bisher Rente bezogen haben und in Baden zugewandert sind, können mit formlosem Schreiben bei der Landesversicherungsanstalt Baden — Leistungsabteilung I — in Karlsruhe, Kaiserstraße 8, die Weiterzahlung der Rente beantragen. Dabei ist unter genauer Angabe der Personalien mitzuteilen, wann, von welcher deutschen Versicherungsanstalt und unter welchem Rentenzeichen die Rente bewilligt wurde.

## Wilhelm Roth, Liedolsheim †

Am 16. 6. 1946 wurde Wilhelm Roth, Landwirt und Maurer in Liedolsheim, zur letzten Ruhe bestattet. Mit ihm verchied ein aufrechter Sozialist, der nach einem arbeits- und sorgenreichen Leben im Alter von 69 Jahren erreichte. Von 1918 bis 1923 gehörte er der SPD-Fraktion im Reichstagsminderamt an. Im September 1933 mußte er den Weg nach dem KZ Kislau antreten. Sofort nach dem Umsturz nahm Wilhelm Roth den Wiederaufbau der SPD in die Hand.

## Totale Zugesperre für Mannheim

Mannheim, 21. Juni. (DANA) Eine totale Zugesperre infolge der Wohnungsnot für die Stadt Mannheim angeordnet worden. Die in Bunkern untergebrachten Evakuierten mußten bereits in Heidelberg untergebracht werden.

## Angelika

Im Badischen Staatstheater

Eine wohlgedungene Erstaufführung von Toni Impoykovs und Carl Mathers Lustspiel brachte zwei Stunden Heiterkeit, wahrhaftig eine Mangelware in unserer Zeit der Sorgen. Mancher mag die Frage an sein Gewissen stellen, ob wir angesichts der uns umgebenden Düsternis überhaupt einen Anspruch auf unbeschwertes Frohsinn haben. Man mag fragen, ob wir wirklich aus ganzem Herzen lachen können, ohne uns einer zwingenden Gemeinsamkeit unseres Schicksals sich ergebenden Alternativen zu entziehen und unsere stiltliche Würde zu verletzen. Schwere Naturen können solche ins Letzte gehende Konsequenzen ziehen. Wir wollen, ohne uns dem wahren Kern ihrer Bedenken zu verschließen, für uns sprechen lassen, daß wir ein Bedürfnis nach Auflockerung und Entspannung haben und daß wir die so gewonnene Erfrischung in unserer täglichen Arbeit wirksam werden lassen wollen.

Unverkennbar weisen verwandte Züge von „Angelika“ zu Shaws „Pygmalion“ und zur Coct-Komödie „Napoleon ist ein allem schuld“. Ist es hier das Kind aus dem Volke, dem eine „standesgemäße Bildung“ beibringen man sich bemüht, so dort als Folge „sündhafter Verstrickung“ der Einbruch eines frischen, liebeswerten Mädchens in die regelhaften Gefühle einer allerdings nicht immer ganz korrekt geführten, wohlstehenden Ehe.

Was dem vorliegenden Spiel der Idee fehlt, wird ausgeglichen durch urwüchsige Derbheit und unbekümmertes Draufgesehen. Ueberwunden scheint die snobistische Pikareske der „Jugend-sünde“. Das unbestrittene Daseinsrecht des kleinen „Malheur“ ist anerkannt. Wie schön. Wie im Film. Und da ist das dann so: An der naiven Geradheit dieses Kindes vom Lande, an ihrer durch keine Bildung und Wohllebenheit verhegten Natürlichkeit zeichnet sich nicht nur die Kunst gesellschaftlicher Diplomatie, sondern es ist eben dieses urwüchsige Selbstverständnis, die alle

## Don Giovanni

Im Badischen Staatstheater

Die Lage des jungen Theaters wurde eingehend erörtert, vor allem wurde festgestellt, daß das Neue Theater Karlsruhe ein völlig unabhängiges Unternehmen darstelle, das nach keiner Richtung hin sich festlegen beabsichtigt. Herr Meurer wies darauf hin, daß sich eine feste Bilanz in der Durlacher Festhalle bietet, die räumlich, akustisch und verkehrstechnisch in jeder Hinsicht den Anforderungen genüge.

Die versammelten Vertreter der Öffentlichkeit gaben namens der von ihnen vertretenen Interessengruppen die Versicherung ab, daß sie das Neue Theater Karlsruhe als zusaufolgendes, unabhängiges Theater, das am 15. September d. J. mit einem regelmäßigen Spielplan für die Karlsruher Öffentlichkeit treten soll, grundsätzlich begrüßen.

Die bevollmächtigten Vertreter der genannten Gruppen stellten nachdrücklich fest, daß seitens ihrer Gruppen keinerlei Hinderungsgründe für die Belegung der Durlacher Festhalle für das Neue Theater vorliegen, zumal dadurch die Existenz von annähernd 300 Menschen der Stadt Karlsruhe dauernd gesichert wäre.

Es wurde festgestellt, daß eine gegenseitige befruchtende Zusammenarbeit zwischen dem Badischen Staatstheater und dem Neuen Theater Karlsruhe beabsichtigt und den kulturellen Wiederaufstieg unseres städtischen Kulturbetriebs einwirken würde.

## Neues Theater Karlsruhe

Das Neue Theater Karlsruhe hatte am 14. Juni 1946 zum ersten Male die Vertreter der Kirche, des Gewerkschaftsbundes und der politischen Parteien zu einer Besprechung informativen Charakters gebeten. Als Bevollmächtigter Vertreter waren erschienen: Für die evangelische Landeskirche: Dekan Souffert; für den Gewerkschaftsbund: Herr Nies; für die CDU: Herr Bergström; für die SPD: Herr Singer; für die KPD: Herr Heith; für die DVP: Herr Dr. Raab.

Herr Direktor Meurer informierte die versammelten Vertreter über die bisherigen Schwierigkeiten.

## Kulturnotizen

Die Verlangung amerikanischer Wissenschaftler hat die Schaffung eines Komitees für Auslandskorrespondenz angekündigt. Das Komitee wird den amerikanischen Wissenschaftlern die Wiederherstellung von Beziehungen und die Wiederaufnahme des Briefverkehrs mit Wissenschaftler anderer Länder erleichtern.

Kulturelle Organisation der UN wird internationalen Austausch literarischer Werke beschreiben. Vorschläge, die einen freieren internationalen Austausch von Büchern betreffen, werden der im Juli in London

## zusatzenstretenden vorbereitende UN-Ausschuß für wissenschaftliche, kulturelle und Erziehungstragen vorgelegt werden.

In Frankfurt werden 83 junge Menschen zur Zeit mit Hilfe der Stiftung „Arbeitsjugend soll studieren“ an Abendkursen zur Hochschulreife geführt. Der Bund für Volkshochschulen wählte dazu vier alljährlich jugendliche aus, die bisher aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen vom Besuch höherer Schule ausgeschlossen oder wegen Mittellosigkeit dazu nicht in der Lage waren. Die Durchführung der Kurse liegt in Händen des Frankfurter Bundes für Volkshochschule, ein Kuratorium zur Seite. In diesem sind neben anderen interessierten Stellen auch die Gewerkschaften und die vier politischen Parteien vertreten.

Die Volkshochschule in Nürnberg wird am 15. September mit Vorlesungen in Handelswissenschaft, Naturwissenschaft und Soziologie eröffnet werden.

Die Provinz-Volkshochschule in der sowjetischen Besatzungszone beginnt am 1. Juli mit der kostenlosen zweisemestrigen Ausbildung von Hilfspersonal für die gewerblichen Berufsschulen. Zugelassen werden Personen im Alter von 20 bis 40 Jahren.

Das Heibel-Theater und die Volkshochschule Berlin haben das erste Bühnenwerk des amerikanischen Dramatikers Clifford Odet „Die das Leben lieben“ zur Erstaufführung angenommen.

Dem Verlag Froese und Schlag, Berlin, wurde die Lizenz für die illustrierte Monatschrift für Musikfreunde, „Melodie“, erteilt.

Prof. Dr. Karl Barth, der bekannte Schweizer Theologe, ist auf Vorschlag der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Münster erneut einstimmig zum Ehren-doktor dieser Universität ernannt worden. Seine erste Ernennung erfolgte bereits 1922, doch wurde ihm diese Ehrung wegen seiner ablehnenden Haltung gegen den Nationalsozialismus im Jahre 1939 aberkannt.

Im Verlag Volk und Wissen, Berlin, ist „Die neue Schule“, eine moderne Erziehungsschrift, erschienen. (DANA-Meldungen)

